

Ein strukturalistischer Vergleich zwischen der Schweiz und Österreich

Reichardt, Robert H.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reichardt, R. H. (1989). Ein strukturalistischer Vergleich zwischen der Schweiz und Österreich. In M. Haller, H.-J. Hoffmann-Nowotny, & W. Zapf (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988* (S. 402-414). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-148765>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ein strukturalistischer Vergleich zwischen der Schweiz und Österreich

Robert H. Reichardt

Als jemand, der als Schweizer aufgewachsen ist und sein bewußtes Leben je zur Hälfte in der Schweiz und in Österreich verbracht hat, ist es für mich besonders naheliegend, gerade an diesem Soziologentag eine Vergleichsstudie zwischen der Schweiz und Österreich vorzutragen. Vergleiche zwischen Kollektiven, Nationen oder Staaten werden in der Regel nicht zu rein deskriptiven Zwecken angestellt. Der Vergleichende will eher die eigene Identität vor der Folie des Andersartigen besser verstehen und – im günstigen Fall – auch die Motive des Anderen nachvollziehen. Dies geht von den Ostfriesen- und Burgenländerwitzen bis zu Anspielungen auf unterschiedliche Handhabungen der Neutralität bei der Annäherung an die EG. Leider mußte ich immer wieder konstatieren, daß auch in sog. »gebildeten Kreisen« der beiden Länder oft erschreckend simplifizierende Vorstellungen vom jeweils anderen Land anzutreffen sind. Mein Plädoyer für eine differenziertere Betrachtungsweise inkludiert auch die Mahnung, die nachfolgenden strukturalistischen Überlegungen nicht gleich wieder in neue Klischees umzuformen. Sie mögen eher als Hilfsmittel verstanden werden, sinnvolle Ansätze zu komparativen Studien zu finden, die immer wieder durch bestätigende oder abweichende Details amplifiziert werden können.

Wenn im Titel das Epitheton »strukturalistisch« für den Vergleich in Anspruch genommen wird, so soll zunächst nicht mehr gemeint sein, als daß eben Strukturen verglichen werden: soziale, regionale und handlungsbezogene. Gewiß verdanke ich viele methodische Anregungen für diese Arbeit den französischen Strukturalisten und Poststrukturalisten, insbesondere dem Werk von Claude Lévi-Strauss. Aber was bei einfachen, naturvölkischen Kulturen in überblickbarer Weise als durchgängige Strukturen ausgemacht werden kann, kann bei komplizierten Gesellschaften wie der Schweiz und Österreich nur mit großer Vorsicht und mit vielen einschränkenden Modifikationen vermutet werden. Für den Zusammenhang zwischen Mentalitätsphänomenen und sozialen und regionalen Strukturen gibt es zwei Modelle: das der »fensterlosen Abbildung« und das des aus den Strukturen ableitbaren Geflechtes von Interessenlagen. Für die vorliegende Arbeit möchte ich mich im wesentlichen auf das zweite Modell – und dabei mit Zurückhaltung – beziehen.

Der Begriff des Strukturalismus evoziert oft die Vorstellung einer ahistorischen Sichtweise. Dies ist nicht notwendigerweise richtig. Wandlungsprozesse können oft nur durch den Vergleich von Momentaufnahmen verstanden werden: neben die diachrone muß auch die synchrone Betrachtungsweise treten. Ich vertrete hier die Auffassung, daß historische Prozesse, gleichsam wie Sedimentierungsvorgänge, etwa zurücklassen, was eine große Persistenz aufweisen kann. Historische Ereignisse prägen sich »kollektiven Gedächtnissen« — es handelt sich einfach um gegenseitige Stützung von individuellen Vorstellungen — wie Narben ein. Ich beginne daher mit historischen Skizzen.

Die schweizerische Eidgenossenschaft ist in einem komplizierten historischen Prozeß aus dem Zusammenwirken typischer spätmittelalterlicher Schutz- und Trutzbündnisse entstanden: des Bundes der Drei Waldstätte (reichsunmittelbare Bauernkommunen) und der Bündnissysteme der Reichsstädte Zürich und Bern. Die Erhaltung der Kontrolle über wichtige Verkehrswege motivierte diese Zusammenschlüsse, die militärischen Erfolge der Bauern-und-Bürger-Heere gegenüber Ritterheeren bildete die Macht- und Überlebensgrundlage gegenüber permanenten und immer wieder anders gelagerten Bedrohungen durch feudale Machtkomplexe, wie zweimal durch Burgund, durch Österreich und durch Savoyen. Innerhalb dieses Gefüges von allmählich etwa 20 Republiken — teils ländlich-genossenschaftlichen, teils städtischen Zunft- und Bürgerrepubliken, jedenfalls aber fast ohne das aristokratische Herrschaftsprinzip — bildete sich doch im 15. Jahrhundert ein Nationalbewußtsein heraus, das vor allem durch den Gründungsmythos vom Rütlichwur und die Tellensage unterstützt wurde. Es gelang immer wieder, die auftretenden Konflikte einzugrenzen, so den vor allem im 15. Jahrhundert virulenten Stadt-Land-Gegensatz im Stanser Verkommnis von 1481, so auch den Glaubenskonflikt nach der Herausbildung eines eigenständigen Protestantismus durch Zwingli und Calvin. Der Sieg über die katholisch-konservativen Kantone im Sonderbundskrieg durch die liberalen Kräfte führte zur Bundesverfassung von 1848 und brachte einen gemäßigten, das föderalistische Prinzip respektierenden Zentralismus.

Die historische Betrachtungsweise hilft uns bei einem Vergleich der *regionalen Strukturen*. Für beide Staaten müssen wir von vielen regionalen Details abstrahieren, um zu einem auch das Vorstellungsbild prägenden Sturkturtypus vorstoßen zu können. Dieser läßt sich für die Schweiz am ehesten mit dem Bild *konzentrischer Kreise* umreißen. Im Zentrum liegt dabei das Stammgebiet der Eidgenossenschaft mit den Urkantonen, der sich die ersten städtischen Regionen und das Mittelland anschließen. Umgeben ist dieses Gebilde von der Peripherie der Grenzgebiete. Bei Befragungen in der Schweiz werden Genf und Basel-Stadt als die »am wenigsten schweizerischen Kantone« genannt. Derartige Grenzkantone weisen öfter auch ein von der Majorität der Stände abweichendes Abstim-

mungsverhalten auf, und in ihnen ist tendenziell auch die Sozialdemokratie mit einem stärkeren Stimmenanteil als in der übrigen Schweiz vertreten. Im Vorstellungsbild der Schweizer liegt im Zentrum ein Kern von »besonders schweizerischen« Regionen, die vom Konservativismus und Bauerntum geprägt sind, während die vom modernen Leben, von der Industrie und von fremden Einflüssen geprägten Gebiete eher an der Peripherie zu finden sind. Selbstverständlich bedeutet das nicht, daß der Schweizer die Grundhaltung der Kerngebiete unkritisch bejahen würde. Es bedeutet aber auch nicht, daß im Zentrum eine imperiale-urbane Kapitale vorgestellt wird, wie dies etwa Paris für Frankreich bedeutet. Vielmehr ist es der Raum einfacher, bäuerlicher Menschen, welcher zum Rückgrat des Vorstellungssyndroms Schweiz wird. Noch in der militärischen Verteidigungsdoktrin, die während des Zweiten Weltkrieges galt, findet sich das Modell konzentrischer Struktur: Das mit vielen Stollen versehene Alpenmassiv sollte als »réduit« auch nach dem Verlust des Mittellandes noch lange Zeit militärisch gehalten werden. Viele regional-strukturellen Gesichtspunkte fügen sich nicht diesem Bild konzentrischer Kreise, so das grosso modo ebenfalls geltende Nord-Süd-Gefälle, was das Pro-Kopf-Einkommen anbelangt, so die sprachliche Gliederung, welche durch die Lokalisierung der beiden »welschen« Landessprachen an der südwestlichen Peripherie gekennzeichnet ist. Beim Vergleich mit der Schweiz ergibt sich ein frappanter Unterschied für Österreich, für das wir eine axiale Gliederung, ein Ost-West-Gefälle finden. Während aber für die Schweiz die Struktur konzentrischer Kreise sich historisch durch das jahresringartige Wachstum seines Territoriums einigermaßen verständlich machen läßt, ist dies für Österreich schwieriger, da das heutige Staatsgebiet historisch doch auch als Rumpfbereich eines wesentlich größeren Reiches verstanden werden kann. Immerhin paßt der langgestreckte Ost-West-Arm recht gut zu den historischen Vorgängen des Ausgreifens, die wir immer wieder in der Vorgeschichte des heutigen Österreichs registrieren. Schon im 13. und 14. Jahrhundert weist die habsburgische Dynastiegeschichte eine gewisse Bipolarität zwischen den Stammländern in den alemannischen Gebieten Schwabens und der heutigen Schweiz und dem ehemaligen Babenberger-Herzogtum Österreich und anderer östlicher Gebiete auf. Ebenso ausgreifend und bipolar erweist sich die Geschichte dieser Dynastie auf dem Höhepunkt ihrer Machtfülle im 16. Jahrhundert mit der spanischen und der österreichischen Linie, welche letztere bis 1806 den Kaisertitel des Heiligen Römischen Reiches führt. Erinnerung sei an die Rolle der Habsburger als Vorposten des Christentums im Kampf gegen die Türken, ihr Ausgreifen in die Balkangebiete, ihre Unterstützung der Gegenreformation und Rekatholisierungsbestrebungen. Der aufgeklärte Absolutismus von Maria Theresia und Joseph II. im 18. Jahrhundert wirkt bis heute in der Struktur und dem Verhaltensstil der österreichischen Verwaltung nach. Das 19. Jahrhundert ist durch den restaurativen Cha-

rakter der monarchischen Herrschaft und nach 1848 durch den mehr und mehr konstitutionellen Charakter gekennzeichnet. Eine weitere Bipolarität zeichnet sich durch die Achse Wien-Budapest ab, die durch die zwei Krönungszeremonien seit Maria Theresia und schließlich die Anerkennung der Gleichberechtigung Ungarns durch Franz Joseph 1867 manifest wird und auch in dem Doppelnamen Österreich-Ungarn ihren Ausdruck findet.

Wir werden immer wieder Bipolaritäten als Strukturmerkmale Österreichs finden, selbst bei der *regionalen Struktur*, der wir uns nun zuwenden wollen. Wir finden hier eine *axiale* Gliederung: es gibt ein Ost-West-Gefälle. Je weiter wir nach Westen gehen, desto mehr finden wir zugleich mit der alemannischen Einfärbung eine größere wirtschaftliche Prosperität, aber auch ein stärkeres politisches Gewicht der ÖVP. Der Osten Österreichs ist deutlich wirtschaftlich schwächer; hier ist denn auch der Einfluß der SPÖ größer. Läge nicht die Bundeshauptstadt im östlichen Teil, könnte man fast sagen, der Osten sei gewissermaßen der Mezzogiorno Österreichs. Schließlich sind die industriellen Krisengebiete der Obersteiermark ebenso zum Osten zu rechnen wie auch die, durch ihr Angrenzen an den bisher undurchlässigen Eisernen Vorhang, wirtschaftlich schwachen Randzonen. Auch der enorme Stadt-Land-Gegensatz paßt in diese Ost-West-Linearität: die Bundeshauptstadt mit ihren 1 531 300 Einwohnern, die fast genau ein Fünftel der Gesamtpopulation¹ ausmachen, liegt ganz im Osten. Selbstverständlich gibt es in der regionalen Differenzierung Österreichs viele weitere Gesichtspunkte, die sich nicht der hier geschilderten axialen Gliederung fügen; doch geht es hier um eine dominante Tendenz in der Regionalstruktur, die sich dann auch in der Vorstellung niederschlägt, welche die Menschen von ihrem eigenen Land haben.

Ein prägnanter und deutlich mit historischen Entwicklungen im Zusammenhang stehender Unterschied zwischen den beiden Ländern ergibt sich, wenn wir ihre *Außenbeziehungen* studieren. Hanspeter Neuhold (1988, S. 232) weist auf die unterschiedliche Genese der Neutralität der beiden Staaten hin. In der Schweiz aus einem jahrhundertelangen »trial and error« erwachsen, wird die Neutralität für Österreich »eher als Blitz aus dem (kurzfristig) heiteren Himmel der Weltpolitik verständlich«. Ihre Vermittlerrolle als neutraler Staat verdankt die Schweiz u.a. auch ihrer geographischen und kulturellen Lage zwischen den beiden europäischen Großmächten Deutschland und Frankreich. Während des Ersten Weltkrieges entstand bekanntlich innerhalb der Schweiz ein enormes Spannungsverhältnis zwischen den französisch- und den deutschsprachigen Teilen. Während des Zweiten Weltkrieges geschah etwas Ähnliches nicht mehr. Die Schweiz hat seit der dramatischen Erfahrung während des Ersten Weltkrieges zu einer inneren Geschlossenheit, aber auch zu einer gewissen weltpolitischen Introversion gefunden. Diese drückt sich in einer Abstinenz von welt-

politischem Engagement, zuletzt durch die Verweigerung des UNO-Beitrittes, aus.

Ganz im Gegensatz dazu hat Österreich seit Beginn seiner Kleinstaatlichkeit mit dem Zerfall der Donau-Monarchie eine weltpolitische Extraversion entwickelt. In der Zwischenkriegszeit manifestierte sich diese in der, breite Kreise auch innerhalb der Sozialisten erfassenden, Anschlußbewegung an Deutschland. Seit einigen Jahren ist in Österreich nun auch eine »Anschlußbewegung« an die EG im Gange. Neben solchen Anschluß-Tendenzen manifestiert sich diese weltpolitische Extraversion auch in Bemühungen um internationale Anerkennung und internationales Engagement: So stellte Österreich den UNO-Generalsekretär, so entsandte Österreich in Krisenherde Truppenkontingente für die UNO-Aufgaben, wie z.B. auf die Golanhöhen, nach Zypern und Überwachungsoffiziere nach Afghanistan. Taucht irgendwo bei internationalen Verhandlungen die Idee zur Schaffung einer neuen internationalen Behörde auf, so kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß sich Österreich um den Sitz dieser zu schaffenden Behörde bewerben wird, wie neuerdings im Fall einer Kontrollbehörde zur Verhinderung der Erzeugung und Anwendung chemischer Waffen. In dieser Tendenz zum Transzendieren des territorialen Rahmens kann man eine Mutationsform der Erfahrung der Großstaatlichkeit im Habsburgerreich vermuten. Sie hat auch den Vorteil des Überspielens interner Spannungen durch Verschiebung der Aufmerksamkeit nach außen. Begünstigt worden ist die Ausübung einer Vermittlerrolle als neutraler Staat für Österreich durch die Verlagerung der weltpolitischen Dynamik vom Deutschland-Frankreich-Antagonismus zum Ost-West-Konflikt.

Gerade im Verhältnis der beiden Staaten zum bevorstehenden Binnenmarkt der EG lassen sich deutliche Strukturunterschiede ausmachen. Während Österreich sein Verhältnis zur EG auf der höchstmöglichen Ebene zu regeln versuchen will, steht für die Schweiz der Weg kleiner Schritte von Einzelabkommen und privater grenzüberschreitender Unternehmertätigkeit im Vordergrund, wobei sich für die Schweiz gerade durch direktdemokratische Institutionen viele Schwierigkeiten ergeben. Der Direktor des schweizerischen Bundesamtes für Außenwirtschaft, Franz Blankart (1988, S. 9/10), formuliert, nachdem er einige z.T. aus der weltpolitischen Introversion der Schweizer resultierende Nachteile erläutert hat, die historischen Aspekte so: »Sollte sich in unserem Volke eine glaubwürdige Grundwelle für den Beitritt auslösen, so müßte diese aus dem Willen zur Mitgestaltung Europas erfolgen. Solch eine Welle ist in Ansätzen in Österreich zu beobachten, wobei die politische Machbarkeits-Studie noch abzuwarten bleibt. Ich bin diesbezüglich eher skeptisch. Die österreichische Wende hat mich zwar überrascht, aber nach zweiter Überlegung nicht eigentlich erstaunt. Österreich hat über Jahrhunderte im

Staatenverbund gelebt und war nie gewillt, die Schule der politischen Einsamkeit bis zum Ende zu durchlaufen. Daß dieses Land der EG beitreten möchte, ist somit durchaus verständlich, auch wenn es als Folge der Überreaktion auf die Schüsse von Sarajewo im neuen Verbund nicht mehr den Ton angeben würde. Demgegenüber liegt die Geschichte der Schweiz, ja ihr Existenzgrund, in einer zunehmenden Emanzipation vom Heiligen Römischen Reich deutscher Nation. Ein Beitritt zur EG wäre die Wende unserer Geschichte überhaupt und zugleich die hegelianische Synthese, nämlich die Wiedereingliederung ins Hl. Römische Reich, diesmal europäischer Nation. Die Schweiz würde im dreifachen Sinne des Wortes »aufgehoben«: gleichzeitig beseitigt, bewahrt und sublimiert.«

Für eine Strukturanalyse sozialer Gebilde ist die *vertikale Gliederung* ein wichtiger Aspekt, der gerade auch durch die unterschiedlichen Ausgangslagen zur EG-Annäherung der beiden Länder akzentuiert wird. Die Schwierigkeit eines Vergleichs liegt dabei darin, daß Machtphänomene, wie uns Heinrich Popitz (1986) vor Augen führt, recht verschiedenartige Komponenten aufweisen. Wirtschaftliche Macht ist schwer mit politischer Macht zu vergleichen. Tendenziell könnte man sagen, daß in der Schweiz Macht eher ökonomisch bedingt ist, während sie in Österreich eher aus der Geltung innerhalb eines Systems politischer Rhetorik ableitbar ist.

Ein herrschaftssoziologischer Vergleich zwischen den beiden Ländern muß sich vor allem mit den unterschiedlichen demokratischen Einrichtungen befassen. In der Schweiz spielen die Instrumente der direkten Demokratie eine wichtige Rolle, worüber geringe Stimmbeteiligungen nicht hinwegtäuschen sollten. Die politische Diskussion ist eine andere, wenn Sachthemen mit dem Wähler debattiert werden müssen, als wenn Parteien und Personen Pauschalvollmachten für künftige Entscheidungen verlangen. Die basisdemokratischen Einrichtungen finden eine ideologische, vielleicht sogar mythische Stützung einerseits durch die lange Tradition der Bauernkommunen und auch stadtbürgerlicher Herrschaftsformen, andererseits durch das kollektive historische Gedächtnis. Im Lichte der mittelalterlichen Ständestruktur muß die Entstehungsgeschichte der Schweiz als eine Auflehnung oder Behauptung unterer Stände gegen obere gesehen werden. Im Selbstverständnis des Schweizers wirkt diese Vorstellung von Rechten der Unteren gegenüber der Obrigkeit nach. Dieser historische Kontext kommt sinnfällig in dem Spruch über dem beim Schlachtfeld von Dornach errichteten Beinhaus zum Ausdruck: »Die Herren müssen bei den Bauern liegen!« In Österreich ist dagegen eine viel deutlichere, oligarchische Herrschaft der parteipolitischen Eliten, die sich letztlich auch gegen basisdemokratische Neuerungen sträuben – wenn das auch verbal nicht zugegeben wird – charakteristisch. In der Schweiz gibt es keine Kostenbeiträge des Staates an die Parteien, während der

Aufwand des österreichischen Steuerzahlers für die Parteien zum internationalen Spitzenfeld gehört (s. Neidhart, 1988, S. 182).

Ein besonders augenfälliger, auch durch die historische Entwicklung recht plausibel zu erklärender Unterschied zwischen den beiden Staaten liegt in der Repräsentation des Staates, im Zur-Schau-Stellen staatlicher Symbole. Hier sind sowohl der sichtbare Umfang, wie auch die dafür aufgewendeten finanziellen Mittel in Österreich wesentlich größer als in der Schweiz. Als kleine Illustration dazu: Für den österreichischen Steuerzahler kostet der Bundespräsident das Vierhundertfache dessen, was in der Schweiz für den jeweils ein Jahr in Rotation amtierenden Bundespräsidenten aufgewendet wird. Dies ist gewiß eine Nachwirkung – man könnte es auch als Relikt bezeichnen – der unter historischen Maßstäben noch gar nicht so weit zurückliegenden imperialen und monarchischen Vergangenheit, während die Schweiz als politisches Gebilde schon seit Jahrhunderten an die kleinstaatliche Existenz gewöhnt ist und außerdem nie aristokratische Repräsentation als Teil der politischen Ansprüche sehen konnte. L. Neidhart (1988, S. 136) analysiert diesen Zusammenhang für die Schweiz so: »Im weiteren hat diese kleinheitsbedingte *Ressourcenknappheit* aber auch zur Folge, daß der Staat, das Kultur- oder Mediensystem verschiedene Dinge einfach *nicht* tun können. Der Kleinheit ist ein gewisser *Zwang zum Sparen* und zur *Selektivität der Zielsetzungen* inne, was das gesellschaftliche Leben wohl in manchen Dingen etwas nüchterner macht und den politischen Betrieb vor überdimensionalen *Entfaltungen* und Aufwendungen, vor riskanten Plänen und vielleicht auch vor ideologischen und sachlichen Exzessen bewahrt hat. Solche Knappheiten und eine solche Selektivität der Staatsleistungen bergen auch ganz spezifische *Konfliktursachen* in sich, die dann aber durch eine Kultivierung und partielle Idealisierung oder Ideologisierung des Maßvollen, der Selbstverantwortlichkeit, der Subsidiarität, aber auch durch einen gewissen Antietatismus von ihrem Aufbrechen abgehalten werden (müssen).«

Ein ebenfalls recht gut von den historischen Voraussetzungen her verständlicher Unterschied zwischen den beiden Staaten liegt in ihrem unterschiedlichen Grad des *Zentralismus* bzw. des *Föderalismus*. Die wesentlich föderalistischere Struktur der Schweiz hat ihre historischen Wurzeln in der doch losen, Eigeninitiative nicht einschränkenden Assoziation der Alten Orte der Eidgenossenschaft, aber auch im Fehlen eines Machtzentrums, das einen Zentralismus effizient hätte betreiben können. Die maßvollen zentralistischen Tendenzen des Liberalismus im 19. Jahrhundert kamen regionalstrukturell gesehen bezeichnenderweise eher von der Peripherie, jedenfalls nicht aus dem alten historischen Zentralgebiet der Urkantone. Hier darf auf die beiden interessanten Föderalismus-Vergleichsstudien von Peter Saladin und Theo Öhlinger (beide 1986) hingewiesen werden. In der Schweiz besteht die Finanzhoheit prinzipiell bei den Kantonen; die Bun-

desbefugnisse werden abschließend aufgezählt. Umgekehrt kann die Gesetzgebung der einzelnen österreichischen Länder vom Bund her eingeschränkt werden. In der Schweiz konstituiert sich die Staatsbürgerschaft von der Gemeinde- und Kantonsbürgerschaft her; in Österreich gibt es die *eine* Staatsbürgerschaft. Ein Symptom eines nach wie vor starken Föderalismus in der Schweiz sieht P. Saladin (1986) in der seit 1965 zu verzeichnenden Welle von neuen Kantonsverfassungen in Nidwalden, Obwalden, Basel (nicht zustande gekommen), Jura, Aargau, Uri und Baselland; wobei auch die Neuentstehung eines Kantons (Jura) zu erwähnen ist.

Die habsburgische Monarchie hat – besonders unter Maria Theresia und Joseph II. – starke Zentralisierungstendenzen vertreten, die sich erst im 19. Jahrhundert abgeschwächt haben. Eine starke zentralistische Komponente ist auch heute in der II. Republik nach wie vor, sowohl in rechtlicher, wie auch in faktisch politischer Hinsicht, zu verzeichnen. Rechtlich bemerkenswert ist, daß in Österreich die Bundeskompetenz gegenüber denjenigen der Länder nur im Bereich der hoheitlichen Verwaltung, nicht aber für privatrechtliche Aktivitäten abgegrenzt sind. Während der großen Koalition von 1945 bis 1966 wurden Länderkompetenzen relativ leicht geändert. T. Öhlinger (1986, S. 143) erwähnt als eines unter vielen Beispielen zentralistischer Tendenzen, daß die öffentliche Meinung eine Aktivität des Bundes zur Schaffung eines Nationalparks Hohe Tauern erwartet, obschon diese Angelegenheit primär in die Länderkompetenz fällt.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten im Habsburgerreich des 19. Jahrhunderts waren stärker von staatlicher Tätigkeit mitgeprägt, als in fast allen anderen europäischen Ländern. Kaiserliche Patente, Kammern etc. spielten – z.T. wohl auch als Schutzfaktor bei Betriebsansiedlungen in unsicheren Balkangebieten – eine wichtige Rolle. Dies wirkt bis heute in der österreichischen Wirtschaftspolitik nach. Beispielsweise hat in deren wichtigem Steuerungsinstrument, der Sozialpartnerschaft, die föderative Komponente bisher keinen Platz gefunden.

Ich möchte mich nun dem wichtigsten Befund zuwenden, den meines Erachtens eine strukturalistische Analyse zutage fördern kann, nämlich dem Unterschied in der *internen sozialen Struktur*. Meine These ist, daß die österreichische Gesellschaft in viel stärkerem Maße als die schweizerische durch einen Dualismus geprägt ist. Dieser Dualismus wird in Österreich vor allem durch die beiden Großparteien, die Sozialistische und die Volkspartei symbolisiert. Während großer Teile der Nachkriegszeit spielte auch in Bereichen, die wenig mit Politik zu tun hatten, die proportionale Zuordnung von Bewerbern und Funktionären als »Rote« und »Schwarze« eine wichtige Rolle. Bei einer im Frühsommer 1988 von mir durchgeführten Repräsentativerhebung ordneten sich 64% einer der beiden Großparteien in ihrer Präferenz zu, 6% anderen Parteien und 28% konnten keiner der politischen Parteien zugeordnet werden. Dieser politische Dualismus

stammt natürlich aus der Zwischenkriegszeit, wo der Antagonismus zwischen den beiden »Lagern« zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt hatte. Wie Herbert Dachs (1988) zeigt, sind beide Großparteien aus recht unterschiedlichen Strömungen hervorgegangen, haben aber jetzt eine »Vereinnahmungskraft« auch disparater Tendenzen. Dieser parteipolitische Dualismus ist in Österreich so stark, daß direkt-demokratische Entscheidungen unweigerlich in den Sog dieser politischen Polarität geraten: Die Abstimmung über die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf wurde zugleich zu einer Abstimmung für oder gegen Kreisky, ebenso erging es dem Volksvotum über den Bau des Konferenzzentrums. Die parteipolitische Zugehörigkeit korreliert auch sehr deutlich mit einer Nähe bzw. Ferne zum praktizierenden Katholizismus, was sich schon in den unterschiedlichen »zuordnenden« Grußformeln »Grüß Gott« bzw. »Guten Tag« manifestiert. Eine weitere dualistische Prägung ergibt sich aus der Tatsache, daß rund die Hälfte der österreichischen Wirtschaft unmittelbar oder mittelbar über verstaatlichte Banken vom Staat kontrolliert wird, was zwei etwa gleichstarke Wirtschaften in Österreich konstituiert. Dieser oben besprochene interne Dualismus in Österreich erinnert frappant an die Bipolaritäten der habsburgischen Dynastie- und Reichsgeschichte, wie ich sie aufzuzeigen versucht habe. Ist es nicht verräterisch, daß in dem republikanischen Österreich der Terminus »Reichshälfte« für die Zuordnung einer Person zu den beiden großen politischen Lagern sich eingebürgert hat?

Für die Schweiz ist die Tatsache charakteristisch, daß der einzelne Bürger, bzw. der Funktionsträger durch eine Vielzahl von sozial-kategorialen Merkmalen gekennzeichnet ist, welche nicht gebündelt sind. Nach der Volkszählung von 1980 sind 44,3% der in der Schweiz Ansässigen Protestanten und 47,6% Katholiken. Von den in der Schweiz lebenden Schweizer Bürger waren 1980 73,5% deutschsprachig, 20,1% französisch sprechend, 4,5% italienischsprachig und nur 0,9% der rätoromanischen Sprache zuzurechnen. Was die politische Parteienlandschaft anbelangt, so ist sie durch eine große Zahl um die Gunst der Wähler werbenden Parteien gekennzeichnet, wobei die sich gegenseitig konkurrenzierenden bürgerlichen Parteien dominieren. Toni Kofler (1988, S. 168–171) weist anhand von Zahlenmaterial schlüssig nach, daß die schweizerischen Parlamentarier in viel geringerem Maße einem Fraktionszwang folgen als ihre österreichischen Kollegen.

Dazu kommt noch, daß die einzelnen Kantone in der Schweiz eine wesentlich größere Autonomie haben als die Länder in Österreich. Während in Österreich der Föderalismus schon dadurch an die Bundespolitik gekoppelt ist, daß er gleichsam als Gegengewicht gegen deren parteipolitische Einseitigkeiten interpretiert wird, fehlt – wie Peter Saladin (1988, S. 132) hervorhebt – eine derartige Balance-Funktion für die Schweizer Kantone. Sie bringen eine echte neue Kom-

ponente in die Politik. Die regionale Prägung ist also für einen Schweizer ein weiteres, neben Sprache, Konfession, Sozialstatus und politischer Präferenz zu beachtendes Attribut. Wenn wir von einem Schweizer etwas über seine religiöse Praxis wissen, so ist noch nicht viel über seine linguistische Zugehörigkeit ausgemacht; und ist auch diese bekannt, so wissen wir noch immer nicht allzuviel über seine politischen Präferenzen. Mit anderen Worten: die verschiedenen Sozialattribute und Zugehörigkeiten überschneiden sich in der Schweiz in vielfältiger Weise, so daß es sinnlos wäre, von großen politischen oder sozialen »Lagern« zu sprechen. Ernest Weibel (1988) weist darauf hin, daß Sprach- und Kantonsgrenzen nicht identisch sind, ja daß es im schweizerischen Recht nicht einmal den juristischen Begriff von Minderheiten-Sprachen gibt. Keine der Amtssprachen darf – zumindest ex lege – vor einer anderen bevorzugt werden.

Was bedeuten nun diese Strukturen für das einzelne Individuum? Für Österreich drückt sich der Dualismus in einer gewissen Clusterbildung aus: auch außerparteiliche Gruppierungen ordnen sich in die Struktur der »großen Lager« ein. Die gleichen Leute, die in Parteigremien zusammensitzen, treffen sich auch wieder in den gleichen Akademikerbünden, den gleichen Clubs, den gleichen weltanschaulichen Gemeinschaften, zum Glück nicht ausschließlich. Es bedeutet dies eine große Machtfülle der Spitzenleute innerhalb einer Gruppierung. Der im mittleren oder unteren hierarchischen Bereich sich Befindende wird damit abhängiger und auch erpressbarer. Wenn er ihm unangenehme Ansinnen abwehren möchte, kann er dies nicht durch die Hilfe anderer Loyalitätsstrukturen tun, ohne überhaupt aus dem »gemeinsamen Boot« auszusteigen, was allein schon wegen der Eingelebtheit von Verhaltensweisen äußerst riskant sein kann. Gewiß ist dies eine idealtypische Konstruktion. Es gibt natürlich in Österreich noch andere »Lager«, das »nationale Lager«, die Parteien der Grünen und der Kommunisten, es gibt Querverbindungen etwa über die evangelischen Kirchen. Aber alle diese Modifikationen sind nicht so bedeutsam, daß sie die dominante Struktur in Frage zu stellen vermöchten. Die Form des Leidens nimmt in einer solchen Struktur die Gestalt des »Zerrissenen« an: Der Einzelne, der oft von der offiziellen Linie seines »Lagers« abweichende Impulse verspürt, muß die Spannung zwischen diesen und den ihm abverlangten Lippenbekenntnissen aushalten.

Die für die Schweiz gezeichnete, ebenfalls natürlich idealtypisch zu verstehende Struktur multipler und sich überschneidender Zugehörigkeiten hat für den Einzelnen den Vorteil geringerer Erpressbarkeit. Er kann u. U. dem Druck, der auf ihn ausgeübt wird, durch das Ins-Spiel-Bringen anderer Loyalitäten einen Gegendruck entgegensetzen. Korrupte Spitzenleute sind in einer solchen Struktur auch ungeschützter. Die ihnen hierarchisch Nachgeordneten sind oft nicht völlig abhängig; sie können Unregelmäßigkeiten aufdecken oder verhindern, wenn ihnen vom Übergeordneten nicht kontrollierbare »querliegende« Loyalitäts-

ten zu Hilfe kommen können. Wie jeder Strukturtypus hat auch der für die Schweiz ausgemachte nicht nur Vor-, sondern auch Nachteile. Die duale oder bipolare Struktur wie in Österreich bringt eo ipso eine gewisse Dynamik mit sich. Die Abgrenzung der großen Blöcke, ihre Legitimation, die Zugehörigkeit Einzelner zu ihnen, bedingen – gerade wegen der relativen Größe der Blöcke – immer einen zumindest rhetorischen Aufwand, der Energien freizusetzen vermag. Ob diese dann genützt werden, ist eine andere Frage. Die Stabilität des politischen Lebens der Schweiz hängt sicher mit der quasi-kristallinen Struktur der nach vielen Seiten gehenden Loyalitäts-Valenzen der einzelnen Atome (Individuen, Kleingruppen etc.) zusammen. Stabilität ist als solche natürlich weder positiv noch negativ. Aber sie hat ebenfalls ihre Gefahren. Die sie stützende Struktur kann u. U. zu wenig flexibel sein, um oppositionellen Gruppen einen Platz freizuhalten, so daß diese in »Jugendbewegungen« und andere Protestformen abgedrängt werden. Sie kann aber auch für die in ihr drin Stehenden eine für die Struktur charakteristische Form des Leidens mit sich führen, nämlich das der *inneren Leere*. Um dies zu erläutern, möchte ich auf einen Theoretiker der Postmoderne, Jean Baudrillard zurückgreifen, der von einer »Verbeliebigung« der Stilelemente spricht. In einer Struktur vielfach sich überschneidender Loyalitäten ist der Wechsel zwischen ihnen fast »beliebig«, jedenfalls nicht ein weltanschaulicher Bruch. Die einzelnen Gruppierungen können so auch nicht besonders scharf profilierte und emotionsgeladene Anschauungen vertreten, was ihre Konturen undeutlicher werden läßt. Auch für die Schweiz ist das gewiß eine starke Überzeichnung. So spielt nach wie vor die Trennung von bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten und weiteren Linksparteien eine größere Rolle als manche andere Trennungslinie, damit auch wieder an die österreichische Struktur erinnernd.

Ein Vergleich der Literaturen der beiden Länder kann angesichts der Komplexität und Vielschichtigkeit dieser Ausdrucksform nur mit großer Vorsicht durchgeführt werden. Ein Beispiel mag immerhin illustrieren, daß ein derartiger Vergleich – auch unter Einbezug von Ideen eines Lucien Goldmann – möglicherweise interessante Perspektiven eröffnen könnte: Sigrid Schmid-Bortenschlager (1988, S. 377) kommt bei einem Vergleich der Literaturen der beiden Länder zum Ergebnis, daß die Schweizer Schriftsteller oft in Parabeln reden, aber ihr eigenes Land dabei kritisch meinen, während wir bei Autoren wie Heimito von Doderer oder Thomas Bernhard oft detaillierte Schilderungen österreichischer Realität fänden, die aber oft als allgemeine, unabhängig von Österreich geltende Modelle gemeint seien. Das wäre eine Spiegelung der eben besprochenen politischen Intraversion bzw. Extraversion, ganz nach Lucien-Goldmann-Manier, in der Literatur.

Zum Abschluß möchte ich Friedrich Dürrenmatt zitieren, der einen, durchaus auch strukturalistische Züge tragenden Vergleich zwischen den beiden Ländern so formulierte: »Österreich und die Schweiz sind zwei Staaten, die sich trotz ihrer Verschiedenheit immer ähnlicher werden. Sie sind sich zwar unähnlich, sieht man genauer hin, doch sind sie sich ähnlicher geworden, was ihre Bedeutung betrifft. Beide sind Miniaturbilder in einer Zeit, die sich von Kolossalschinken beeindrucken läßt, beide sind mit der Lupe zu betrachten; doch sind die Schwierigkeiten des Beobachtens verschieden. Das Tückische, untersucht man Österreich mit der Lupe, besteht im überdimensionalen Goldrahmen, der dieses Miniaturbild umgibt, sodaß man mit der Lupe mühsam den Rahmen absuchen muß, bis man die Miniatur endlich findet. Bei der Schweiz dagegen bereitet nicht der Rahmen, sondern die Miniatur Schwierigkeiten. Stellt sie, mit bloßem Auge betrachtet, eine Idylle dar (Rütli Schwur mit den Alpen im Hintergrund), zerfällt sie unter der Lupe in eine Vielfalt von sich widersprechenden Bildern, die keine Einheit mehr ergeben . . .« (zit. nach Kofler 1988, S. 370).

Die hier gemachten Überlegungen könnten mit sehr viel mehr Material amplifiziert werden, was aber infolge der Knappheit des Raumes unterbleiben muß. Jedenfalls soll nicht der Anspruch einer hieb- und stichfesten wissenschaftlichen Analyse erhoben werden. Dennoch scheint mir das Ergebnis durchaus einen nicht zu unterschätzenden heuristischen Wert — insbesondere für weitere Forschungen — zu haben. Die vorliegende Arbeit soll wenigstens die Bedeutung illustrieren, welche einer Analyse der Wechselwirkungen zwischen den Sozialstrukturen, historischen Erfahrungen und Mentalitäten für die Weiterentwicklung makrosoziologischer Theorie und Empirie zukommen könnte, die unter Fortführung der Tradition eines Max Weber und Shmuel Eisenstadt mit Nutzen auch Einsichten des französischen Strukturalismus verarbeiten könnte.

Anmerkung

1 Offizielle Bevölkerungsdaten des Jahres 1985.

Literatur

- Blankart, Franz: Außenwirtschaft und Innenpolitik, in: *WWZ News. Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrums der Universität Basel*, Jg. 1988, Nr. 1, S. 2–10.
Boudon, Raymond: *Strukturalismus — Methode und Kritik*, Düsseldorf 1973.
Baudrillard, Jean: *Laßt euch nicht verführen!* Berlin/Köln 1983.

- Dachs, Herbert: Parteien und Parteiensystem in Österreich, in: Hans-Georg Wehling (Red.), *Österreich*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1988, S. 107–128.
- Kofler, Toni: Schweiz – Österreich: Ein politischer Systemvergleich, in: Hans Thalberg (Hrsg.), *Österreich – Schweiz: Nachbarn, Konkurrenten, Partner*, Wien 1988, S. 129–177.
- Kofler, Toni: Kulturbeziehungen zwischen Österreich und der Schweiz – Kurzer empirischer Überblick, in: Hans Thalberg (Hrsg.), *Österreich – Schweiz: Nachbarn, Konkurrenten, Partner*, Wien 1988, S. 363–370.
- Koja, Friedrich und Gerald Stourzh (Hrsg.): *Schweiz – Österreich. Ähnlichkeiten und Kontraste*, Wien/Köln/Graz 1986.
- Lévi-Strauss, Claude: *Strukturelle Anthropologie*, Band I und II, Frankfurt a.M. 1967 bzw. 1975.
- Neidhart, Leonhard: Das Parteiensystem der Schweiz, in: Hans-Georg Wehling (Red.), *Die Schweiz*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1988, S. 181–200.
- Neidhart, Leonhard: Die Schweizer Konkordanzdemokratie, in: Hans-Georg Wehling (Red.), *Die Schweiz*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1988, S. 128–155.
- Neuhold, Hanspeter: Außenpolitik, dauernde Neutralität und internationale Organisationen aus österreichischer Sicht, in: Friedrich Koja und Gerald Stourzh (Hrsg.), *Schweiz – Österreich. Ähnlichkeiten und Kontraste*, Wien/Köln/Graz 1986, S. 229–263.
- Öhlinger, Theo: Schweizerischer und österreichischer Föderalismus im Vergleich aus österreichischer Sicht, in: F. Koja und G. Stourzh (Hrsg.), *Schweiz-Österreich. Ähnlichkeiten und Kontraste*, Wien/Köln/Graz 1986, S. 139–153.
- Popitz, Heinrich: *Phänomene der Macht. Autorität – Herrschaft – Gewalt – Technik*, Tübingen 1986.
- Saladin, Peter: Schweizerischer und österreichischer Föderalismus im Vergleich aus schweizerischer Sicht, in: Friedrich Koja und Gerald Stourzh (Hrsg.), *Schweiz – Österreich. Ähnlichkeiten und Kontraste*, Wien/Köln/Graz 1986, S. 123–138.
- Schiwy, Günther: *Der französische Strukturalismus*, Reinbek bei Hamburg 1969.
- Schiwy, Günther: *Poststrukturalismus und »Neue Philosophen«*, Reinbek bei Hamburg 1985.
- Schmid-Bortenschlager, Sigrid: Kulturpolitische Momente. Die Literaturen der Schweiz und Österreichs im Vergleich, in: Hans Thalberg (Hrsg.), *Österreich – Schweiz: Nachbarn, Konkurrenten, Partner*, Wien 1988, S. 371–382.
- Thalberg, Hans (Hrsg.): *Österreich – Schweiz: Nachbarn, Konkurrenten, Partner*, Wien 1988.
- Weibel, Ernest: Sprachgruppen und Sprachprobleme in der Schweiz, in: Hans-Georg Wehling (Red.), *Die Schweiz*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1988, S. 79–99.